Nummer 137

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Mittwoch, 21. März 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37 — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,10 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklameseile 5.— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche wöchtmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postübermeisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Österreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 frans. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Peseta, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Österreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Die Reichsregierung zu der polnischen Herausforderung.

Gefährdung der Wirtschaftsverhandlungen durch die Schuld Polens.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen und der durch die polnische Grenzzonenverordnung geschaffenen Lage. Die diesbezüglichen Beratungen des Kabinetts wurden gestern noch nicht abgeschlossen. Ueber die neugeschaffene Situation wird durch W. T. B. folgendes Communiqué herausgegeben:

Der Wortlaut der polnischen Abänderungsverordnung zu der Grenzzonenverordnung vom 23. Dezember 1927 ist Dienstag in Berlin eingetroffen. Die zuständigen Stellen prüfen die Frage, wie sich jetzt die Rechtslage der Ausländer in den Grenzbezirken darstellt. In einem Punkt bringt die neue polnische Verordnung gegenüber der Verordnung vom Dezember eine Verbesserung. Die frühere Bestimmung, wonach alle Ausländer, die gegenwärtig in den Grenzbezirken Grundbesitz innehaben oder eine gewerbliche Tätigkeit ausüben, innerhalb von drei Monaten um Genehmigung zur Aufrechterhaltung des Eigentums oder zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit nachzusuchen hatten, ist in Wegfall gekommen. Dagegen ist es auch nach der neuen Verordnung dabei geblieben, daß in anderer Beziehung die Rechtslage der Ausländer in den Grenzbezirken erheblich ungünstiger ist als vor der Dezemberverordnung. Insbesondere bestehen hinsichtlich der Niederlassung und der Ausübung von Handel und Gewerbe in den Grenzbezirken große Unsicherheiten, die der Klärung bedürfen.

*

Wie oben gesagt, ist die Prüfung der polnischen Grenzzonenverordnung und ihrer voraussichtlichen Auswirkungen durch die dafür in Frage kommenden deutschen Ressorts noch nicht beendet. Immerhin kann wohl damit gerechnet werden, daß die **deutsche Handelsvertragsdelegation unter der Führung des Ministers Hermes vorläufig nicht nach Warschau zurückkehrt.** Es liegt auf der Hand, daß die Fortsetzung der materiellen Verhandlungen mit Polen keinen Zweck hat, solange man nicht weiß, wie sich die durch die Grenzzollverordnung aufgehobene Regelung des Niederlassungsrechtes in Zukunft gestaltet. So zweifelsfrei auch feststeht, daß für die jetzt entstandenen Schwierigkeiten, die einer völligen Stagnation der Verhandlungen gleichkommen, ausschließlich die polnische Regierung verantwortlich gemacht werden muß, so kann doch — wenigstens nach Ansicht der zuständigen deutschen Stellen — von einem endgültigen Abbruch der Verhandlungen im Augenblick noch nicht gesprochen werden. Zunächst beabsichtigt man offenbar im Auswärtigen Amt, auf diplomatischem Wege die Frage zu klären, ob noch Möglichkeiten vorhanden sind, die ins Stocken geratenen Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Bezeichnende Warschauer Einstellung.

OE **Warschau**, 20. März.

Auf die Novelle der Grenzzonenverordnung wurde die Warschauer Presse erst durch das Echo in Deutschland aufmerksam. Es verdient Beachtung, daß die Novelle bereits am 3. März unterschrieben war, also vor den beiden parlamentarischen Wochenminuten, aber offenbar sollte vor den Wahlen der Eindruck vermieden werden, daß zum Abbruch der Verhandlungen mit Deutschland getrieben wird. Die Warschauer Boulevardpresse äußert sich jetzt in sehr aggressiver Tonart und prophezeit die völlige Erfolglosigkeit weiterer Handelsvertragsverhandlungen.

Das Rentenbankkreditgesetz.

Verhandlungen des Reichskabinetts unter Hinzuziehung eines preußischen Vertreters.

Im weiteren Verlauf seiner gestrigen Beratungen verhandelt das Reichskabinett unter Hinzuziehung eines Vertreters der preußischen Regierung über das Rentenbankkreditgesetz, das bekanntlich zum Notprogramm der Reichsregierung gehört. Der Gesetzentwurf befindet sich, wie man sich erinnern wird, schon seit mehreren Wochen in den Ausschüssen des Reichsrates und bildet dort den Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und verschiedenen Ländern. Nach dem Ergebnis der gestrigen Kabinettssitzung darf man aber nun annehmen, daß die der Erledigung dieses Gesetzes im Reichsrat bisher noch entgegenstehenden Schwierigkeiten behoben werden. Wie verlautet, soll eine Einigung zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung gestern eingetreten sein.

Rußland hüllt sich noch immer in Schweigen.

Trotz aller Bemühungen des deutschen Botschafters.

Entgegen der von anderer Seite gebrachten Meldung, wonach im Zusammenhang mit der Donez-Affäre eine neue deutsche Aktion in Moskau erfolgt sei, erfahren wir an zuständiger Berliner Stelle, daß von einer neuen Aktion der deutschen Regierung nicht die Rede sein kann. Der deutsche Botschafter ist tagtäglich bemüht, Licht in das Dunkel der Angelegenheit zu bringen. Indessen scheint man es russischerseits mit der Klärung der Frage nicht sonderlich eilig zu haben, denn bisher ist von einer Freilassung weiterer Deutscher noch nichts bekannt. Man hat es nicht einmal für nötig befunden, dem deutschen Generalkonsul in Charkow die Erlaubnis zu erteilen, die Gefangenen in Begleitung eines russischen Beamten zu besuchen.

Die angeblichen Beschuldigungen.

TU **Kowno**, 20. März.

Aus Moskau wird gemeldet, daß die Anschuldigungen der G. P. U. gegen die deutschen Ingenieure hauptsächlich auf folgenden drei Punkten beruhen: 1. Verbindung mit gegenrevolutionären Elementen in der Sowjetunion, 2. Annahme von Geldern der ehemaligen Besitzer zwecks Zerstörung der Donez-Unternehmungen und 3. Diskreditierung der Sowjetgewalt in den Augen der Arbeiter. Die vorgesehene Unterredung zwischen Tschitscherin und Brockdorff-Rantzau hat nicht stattgefunden, da von den russischen amtlichen Stellen keine neuen Angaben über den Verlauf der Untersuchungen eingelaufen waren.

Und Moskau hetzt weiter.

„Wessen Pläne führt Deutschland aus?"

OE **Moskau**, 20. März.

Die offiziösen „Iswestija" erklären eine Polemik gegen die „Angriffe und Behauptungen" der deutschen Presse für „unfruchtbar und überflüssig", polemisieren aber trotzdem in recht scharfer Sprache. Noch weit schärfer ist die Sprache eines der führenden Wirtschaftsblätter, der „Torg. Prom. Gas.": Wir sind interessiert daran, von Deutschland in technischer Hinsicht beraten zu werden, das bedeutet aber nicht, daß wir uns damit zufrieden geben können, wenn man uns aus Deutschland Spione schickt oder Ingenieure, die unseren friedlichen Aufbau hören und anstatt uns zu helfen, unsere Bergwerke und Betriebe zu sertören beginnen. Man darf wohl annehmen, daß die Erkenntnis der wahren Interessen der deutschen Industrie über politisches Abenteurertum triumphieren wird. Dieses letztere wird von dritter Seite beeinflußt und die deutsche Reichsregierung wird es wohl verstehen, einem Haufen von Abenteurern begreiflich zu machen, daß die freundschaftlichen Wirtschaftsbeziehungenzwischen Deutschland und der Sowjetunion höher stehen als ihre Interessen."

Anspielungen auf „Einflüsse von dritter Seite" macht auch die „Leningradskaja Pravda" in einem Artikel, dem sie die Aufschrift gibt: „Wessen Pläne führt Deutschland aus?" In diesem Artikel wird ausgeführt: der Abbruch der „normalen Beziehungen" zwischen Deutschland und der Sowjetunion sei ein Bestandteil des Einkreisungsplanes, den England gegen Moskau geschmiedet habe und dem sich offenbar nun auch Frankreich anschließe. „Die deutsche Reichsregierung (so heißt es weiter) klammert sich an die Verhaftung von einigen Deutschen, die zu den Gegenrevolutionären im Donezbassin Beziehungen haben, und macht nicht einmal Halt vor dem Abbruch der Wirtschaftsbesprechungen und einer ganz unzulässigen Einmischung in innere Angelegenheiten der Sowjetunion. Offensichtlich wurde dieser Beschluß von der deutschen Reichsregierung in Genf hinter den Kulissen der Völkerbundssession gefaßt."

Neue Spannung zwischen Prag und Moskau.

Auch die Tschechoslowakei unternimmt Schritte gegen die Verhaftung ihrer Staatsangehörigen.

Nach weiteren Kownoer Meldungen hat die tschechoslowakische Gesandtschaft in Moskau in Zusammenhang mit der Verhaftung tschechischer Staatsangehöriger in der Sowjetunion im Außenkommissariat Schritte unternommen, um die Zahl der Verhafteten und die Gründe ihrer Verhaftung zu erfahren. Nach inoffiziellen Angaben sind 26 Personen verhaftet, welche in der Sowjetunion die Ablieferung von landwirtschaftlichen Maschinen besorgen sollten. Der Gesandtschaft ist von amtlicher Seite zugesagt worden, die Namen der Verhafteten bekannt zu geben. Man erwartet eine neue Spannung in den diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei.

Englands Antwort an Litwinow.

Scharfe Erklärungen Cushendunds im Abrüstungsausschuß.

Genf, 20. März.

Die heutige Sitzung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses, in der zunächst die Maximis für Italien und Chungt für Frankreich zu dem sowjetrussischen Abrüstungsentwurf in höflicher, aber ablehnender Weise Stellung nahmen, war beherrscht von einer anderthalbstündigen Rede des **englischen Delegierten Lord Cushendun**, in der der grundsätzliche Frage der Stellungnahme Sowjetrußlands zum Völkerbund aufwarf und zu gestrichenen Artikeln des russischen Abrüstungsentwurfs kritisch Stellung nahm. Erstaunlich sei, daß Litwinow der Abrüstungskommission keine näheren Erklärungen und Erläuterungen der 68 Artikel seines Entwurfs gegeben habe. Die russische Delegation wolle die Abrüstungsdelegation vor die Tatsache stellen, ihren Entwurf entweder anzunehmen oder abzulehnen. Die russischen Vorschläge bedeuteten **eine Sabotierung der Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes.** In keinem einzigen Artikel des Entwurfs sei von dem Völkerbund die Rede. Unter Hinweis auf einen Artikel der „Iswestija" erklärte dann der englische Delegierte, **daß es wohl kaum die Absicht der Moskauer Regierung sei, wirklich ernsthaft an der Abrüstung mitzuarbeiten.** Er für seine Person als Vertreter der englischen Regierung sei nicht bereit, an dieser Art der Sabotierung der Völkerbundsarbeiten teilzunehmen, aber die russischen Vorschläge müßten zweifellos eingehend geprüft werden. Was die geforderte Aufrichtung des „Weltfriedens" anbetreffe, so gebe es zwei Friedensarten, wie es zwei Kriegsarten gebe, den internationalen Krieg und den Bürgerkrieg.

Sei Sowjetrußland bereit, auch den Bürgerkrieg abzuschaffen?

Eine weitere Frage sei, ob die sowjetrussische Regierung zur **Kenderung ihrer bisherigen Politik des bewaffneten Aufstandes in fremden Ländern** bereit sei und damit auf jede Einmischung in nationale Angelegenheiten verzichten wolle. Wenn diese Sicherheit nicht bestehe, so müsse man in der russischen Haltung das erste Hindernis zum Frieden sehen. Wenn u. a. die Vernichtung der Kriegsliteratur gefordert werde, so müsse er fragen, ob denn dadurch so berühmte Werke wie Cäsars „De bello Gallico" oder die Werke Friedrichs des Großen und Napoleons betroffen würden. **Erstaunlich sei auch, daß gerade die Sowjetregierung die vollständige Aufhebung der Polizei fordere.** Der Staat solle nicht mehr die Möglichkeit haben, seine eigenen Bürger zu schützen und jeder solle das selbst tun. Der Redner empfahl hierbei der Moskauer Regierung das Vorbild der englischen Polizei. Lord Cushendun drückte dann die Bereitwilligkeit der englischen Regierung aus, auch weiterhin praktisch an der allgemeinen Abrüstung teilzunehmen. Die Washingtoner Seeabrüstungskonferenz habe bereits einen wichtigen Schritt in der Richtung der Seeabrüstung getan. Der Forderung Litwinows auf Ablehnung oder Annahme der russischen Vorschläge könne nicht entsprochen werden. Die Kommission müsse sich das Recht der Prüfung vorbehalten, ob diese Vorschläge mit den Bestimmungen des Völkerbundspaktes in Einklang ständen und ihre Erörterung innerhalb der Kompetenzen der Abrüstungskommission möglich wäre.

Der japanische und der kanadische Delegierte äußerten sich ähnlich ablehnend. Die nächste Sitzung findet am Mittwochvormittag statt. Litwinow hat darum gebeten, daß er seine Gegenerklärung, unter Stellungnahme zu den verschiedenen kritischen Einwänden, erst am Donnerstag im Ausschuß abgeben kann.

Inkrafttretung eines deutsch-belgischen Abkommens

Regelung der kleinen Ausgleichsforderungen.

Durch WTB. wird mitgeteilt: Durch Notenaustausch zwischen der deutschen und der belgischen Regierung ist nunmehr ein im Dezember vorigen Jahres zwischen dem Reichsausgleichsamt und dem belgischen Ausgleichsamt geschlossenes Abkommen über die Regelung der beiderseitigen kleinen Ausgleichsforderungen in Kraft gesetzt worden. Durch dieses Abkommen sind im Wege der Pauschalquotschriften etwa 85 Prozent aller noch im deutsch-belgischen Ausgleichsverfahren schwebenden Forderungsposten (insgesamt 45 000) mit einem Schlage erledigt worden. Danach kann mit einer Beendigung dieses Verfahrens, dessen Abwicklung bisher im Verhältnis zu dem Ausgleichsverfahren mit den übrigen beteiligten alliierten Staaten am stärksten im Rückstande war, in absehbarer Zeit gerechnet werden.

Memento.

Heute vor zehn Jahren, zwanzig Minuten vor fünf Uhr morgens, zerrissen die Salven von sechstausend deutschen Geschützen die nächtlichen Nebel, die über den Kampflinien der Westfront zwischen Cambrai und der Oise lagen. Fünf Stunden lang hämmerten die auf engstem Raum massierten deutschen Batterien auf die feindlichen Stellungen und ihr Hinterland ein. Zwanzig Minuten vor zehn Uhr morgens stiegen die deutschen Sturmkompagnien aus den Gräben und gingen vor. Dreiundsechzig Divisionen setzten sich hinter ihnen in Marsch. Sie folgten der Feuerwalze, die sich langsam, nach einem genial vorbereiteten Plan vorwärts, immer tiefer in die feindlichen Stellungen hinein bewegte. Der Erfolg war glänzend. Der Feind war geschlagen, der Vormarsch begann. Tagelang, unaufhaltsam. Erst nach langer Zeit und nach ungeheuren Verlusten an Menschen und Material vermochte der Engländer sich wieder zu sammeln und bei Amiens seinen Widerstand so zu versteifen, daß der deutsche Vormarsch zum Stehen kam. Daß der deutschen Offensive nach dem großartigen taktischen Erfolge nicht auch der strategische Erfolg beschieden war, ist weder Schuld der Führung noch Schuld der Truppe. Der dünne Faden, der das Schlachtenglück auch mit der moralisch wertvollsten Armee verbindet, riß im entscheidenden Augenblick durch tückische Zufälle. Aber dieses Unglück ändert nichts an der Leistung, die vollbracht war, und die in der Geschichte aller Völker und aller Zeiten ihresgleichen sucht. In der Geschichte — nicht nur in der Kriegsgeschichte! Zwar war an dieser Leistung in erster Linie die glänzende Führung und der unerglichliche deutsche Frontsoldat mit dem inneren Wert seiner Selbstüberwindung und Opferfreudigkeit beteiligt. Kein militärisch und kriegshistorisch wird die deutsche Frühjahrsoffensive von 1918 für spätere Zeiten leuchten wie der Name Cannae für Jahrtausende, die hinter uns liegen. Aber über die Rolle hinaus, die das Heer spielte, war das ganze deutsche Volk an dieser Leistung beteiligt: Bergmann und Hüttenarbeiter in den Industriereevieren, Hunderttausende von Frauen und halben Kindern, die in den Munitionsfabriken arbeiteten, die Landfrauen, die, den schweren Pflug in schwachen Händen, die Scholle brachen, die Greise, die noch einmal zum Arbeitstisch zurückgekehrt waren, um den Söhnen draußen im Felde das Weiterkämpfen zu ermöglichen, — das ganze Volk hatte alle seine Kräfte zum Aeußersten angespannt, um die unberechenbaren Schicksalsmächte auf den Pfad des deutschen Glückes zu zwingen.

Es ist nicht gelungen. Aber: war alles vergebens?

Stürmisch möchte man diese Frage bejahen, wenn man an das zurückdenkt, was Deutschland seit jenem Tage vor zehn Jahren durchmachte, in dessen Morgensonne hoffnungsfreudig der deutsche Infanterist das Bajonett zum Sturm aufpflanzte, froh, vom Amboß zum Hammer geworden zu sein. Die Sonne schwand, Dämmerung und Nacht, Sturm und Gewitter, Schmach und Erniedrigung brachen herein. Neue, aber negative Kräfte stiegen aus Dunkel und Sumpf, sprachen mit Verachtung von jenen kriegerischen Taten des deutschen Volkes, obwohl diese Taten doch wirklich nicht allein mit der Faust, sondern zum größeren Teil durch die sittliche Kraft des Einzelnen und der Gesamtheit vollendet wurden. Die Besten von damals wurden beschimpft und angespien, und eine verbreitete Presse predigt noch heute Geringschätzung und Hohn gegen die, die damals Führer und Mitkämpfer waren. Die Begriffe haben sich verkehrt, ein Held wird der genannt, der nach Paris fährt und den feindig erregten Franzosen hochverräterische Mitteilungen über Deutschland macht. Vorgestern berichtete das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, auf der Märzfeier am Sonntag habe die sozialistische Jugend am Grabe eines halberwachsenen Novemberrevolutionärs, der beim Sturm auf eine Kaserne fiel, einen Kranz niedergelegt. Der Aufrührer wird gefeiert, aber für den, der heute vor zehn Jahren dem Vaterlande Blut und Leben weihte, gibt es keine Kränze.

Das alles sind Zeichen dafür, daß die Krise, in die die Revolution das deutsche Volk geworfen hatte, noch nicht